

226/E XXIV. GP

Entschließung

des Nationalrates vom 19. Jänner 2012

betreffend Sicherung der Menschenrechte im Kampf gegen den Terrorismus

Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich weiterhin für den Schutz und die Förderung der Menschenrechte im Zusammenhang mit nationalen, regionalen oder internationalen Anti-Terrorismusstrategien einzusetzen sowie den Dialog der Kulturen und Religionen und andere Projekte zur Stärkung der Menschenrechte und Grundfreiheiten weiterhin zu fördern und so zur Verhinderung von Radikalismus als Grundlage für Terrorismus beizutragen.